

## PRESSEINFORMATION

### Service-Links

[Kennzahlen 1. Hj. 2009](#)

[Grafiken \(PDF\)](#)

[Grafiken \(xls\)](#)

[Grafiken \(jpg\)](#)

[Grafiken \(ppt\)](#)

Ausführungen von Herrn Professor Dr. Ulrich Lehner,  
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),  
am 8. Juli 2009 vor der Presse in Frankfurt

(Es gilt das gesprochene Wort)

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

im ersten Halbjahr 2009 hat die weltweite Wirtschaftskrise in den Bilanzen der chemischen Industrie Deutschlands tiefe Spuren hinterlassen. Hauptursache war die schwache Nachfrage nach Chemikalien durch unsere Abnehmer. Fallen in der Automobil-, Elektro- und Bauindustrie und anderen Industriebranchen gleichzeitig Aufträge in größerem Umfang aus, bekommen wir das als Vorlieferanten direkt und nachdrücklich zu spüren.

Wenn wir aber den Blick nach vorne richten, können wir trotz der tief hängenden Konjunkturwolken einen Lichtschimmer am Horizont ausmachen. In den letzten Monaten hat sich die Produktion stabilisiert – wenn auch auf einem sehr niedrigen Niveau. Vieles spricht dafür, dass wir nach dem jähen Absturz Ende letzten Jahres in der Chemie die Talsohle der Rezession erreicht haben.

Aber zunächst zurück zum Berichtszeitraum: In den ersten sechs Monaten ging die Chemieproduktion gegenüber dem noch guten ersten Halbjahr 2008 um 15,5 Prozent zurück. Die Kapazitätsauslastung der Anlagen markierte mit nur 72 Prozent einen neuen Tiefstand. Zum besseren Vergleich: Wir bewegen uns damit heute in etwa auf dem Produktionsniveau von 2003. Der Trend der letzten Monate gibt aber wie erwähnt Anlass zu vorsichtigem Optimismus: So hat sich zum Beispiel in den Grundstoffsparten die Produktion seit Februar von Monat zu Monat wieder leicht erhöht.

Seite 1 von 7

Kommen wir zu den einzelnen **Sparten**:

Die Chemiesparten zeigten in der ersten Jahreshälfte 2009 eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Die deutlichsten Produktionseinbußen gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 verzeichneten die Hersteller chemischer Grundstoffe. Aber auch die Produktion von Fein- und Spezialchemikalien sowie die Produktion von konsumnahen Chemikalien gaben deutlich nach:

Die Produktion von anorganischen Grundstoffen sank im ersten Halbjahr 2009 um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau. Die Polymerproduktion brach sogar um 30 Prozent ein. Etwas besser lief es bei den Petrochemikalien. Hier ging die Produktion um 18 Prozent zurück. Das sind wohlgerne die Durchschnittswerte für das erste Halbjahr, die den ansteigenden Trend der letzten Monate nicht widerspiegeln.

Im konsumnahen Bereich sowie bei den Fein- und Spezialchemikalien war die Lage kaum besser. Während die Hersteller von Wasch- und Körperpflegemitteln ihre Mengen um 10 Prozent drosselten, sank die Produktion von Fein- und Spezialchemikalien um 22 Prozent. Lediglich das Pharmageschäft trotz der Krise, wenngleich auch in dieser Sparte die Produktion um 0,5 Prozent zurückgefahren wurde.

## **Umsatz**

Der Gesamtumsatz der deutschen Chemie-Industrie sank im ersten Halbjahr 2009 um 16,5 Prozent auf 69,7 Milliarden Euro. Der Rückgang erfasste das Inlands- und Auslandsgeschäft gleichermaßen: Der Auslandsumsatz sank um 17 Prozent auf 40,2 Milliarden Euro, der Inlandsumsatz lag mit 29,5 Milliarden Euro rund 16,5 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 2008. Die Inlandsnachfrage nach Chemikalien nahm in Folge der stark gedrosselten Industriekonjunktur kräftig ab.

## **Preise**

Zu Beginn des Jahres hatte sich der Preisverfall für chemische Produkte zunächst fortgesetzt. Seit April sind die Preise jedoch stabil geblieben. Bei einigen Grundstoffen zogen sie sogar wieder an. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2009 waren Chemikalien 1,0 Prozent günstiger als im ersten Halbjahr 2008. Besonders deutlich war der Preiserückgang bei den Petrochemikalien mit 11 Prozent und den Polymeren mit 4,5 Prozent.

## **Exporte und Importe**

Die Exporte, die neben den Auslandsumsätzen der Unternehmen auch Re-Exporte sowie Chemie-Exporte anderer Wirtschaftszweige ins Ausland enthalten, sanken im ersten Halbjahr 2009 um 12,0 Prozent auf 62,3 Milliarden Euro. Die weltweite Wirtschaftskrise dämpfte die Nachfrage nach Chemikalien aus deutscher Produktion auf allen Exportmärkten.

Wegen der schwachen Inlandsnachfrage nach Chemikalien gaben auch die Importe im ersten Halbjahr 2009 deutlich nach: Sie lagen 10,0 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt wurden Chemikalien im Wert von 42,6 Milliarden Euro nach Deutschland eingeführt.

Im Saldo resultiert daraus ein Außenhandelsüberschuss von rund 19,7 Milliarden Euro für chemische Produkte. Damit trug die Chemie kräftig dazu bei, die Außenhandelsbilanz unseres Landes in einem sehr schwierigen Umfeld im Plus zu halten.

### **Beschäftigung**

Trotz der gravierenden Absatzprobleme blieben die Belegschaftszahlen in unserer Branche zwischen Januar und Juni nahezu stabil. Die deutsche Chemie beschäftigte 2009 im ersten Halbjahr rund 439.500 Mitarbeiter – das waren nur 0,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Unternehmen nutzen zur Anpassung an die Krise alle flexiblen Arbeitsmarktinstrumente und Tarifvereinbarungen, um die Arbeitsplätze der Stammbeschaft auch in der Krise zu erhalten. Zudem greifen sie verstärkt auf das Mittel der Kurzarbeit zurück. Derzeit dürften hiervon rund 50.000 Chemiebeschäftigte betroffen sein.

Wie die Unternehmen die weitere Entwicklung im Personalsektor für das laufende Jahr einschätzen, wird Ihnen im Anschluss Herr Dr. Tillmann erläutern. Dieser Aspekt und weitere zeitnahe Trends zur konjunkturellen Lage waren Bestandteil unserer Umfrage bei rund 50 Mitgliedern. Nur so viel zur Beschäftigung vorweg: Wenn die Branche in den verbleibenden Monaten des Jahres auf dem Produktionsniveau der ersten Jahreshälfte 2009 stehen bleiben sollte, wird der Druck in den Unternehmen in Richtung Stellenabbau wachsen.

### **Investitionen und Forschungsaufwendungen**

Die Gewinne der meisten Unternehmen sind angesichts der Krise eingebrochen; die Chemienachfrage steht immer noch auf wackligen Füßen und die Kapazitäten sind kaum ausgelastet. Es ist verständlich, dass in der derzeitigen Situation bei vielen Firmen die Sicherung von Liquidität und der

Abbau von Schulden Vorrang hat vor anderen strategischen Optionen. Zudem erschweren höhere Risikozuschläge und kürzere Laufzeiten bei nicht wenigen Kreditinstituten die Finanzierung von größeren Investitionen. Vor diesem Hintergrund stellen die Unternehmen ihre Investitionsprojekte auf den Prüfstand. Teilweise werden Investitionen verschoben. Wir gehen davon aus, dass die Branche ihre Investitionen in Sachanlagen im Jahr 2009 um 5 bis 10 Prozent zurückfahren wird.

Das gilt nach unserer Kenntnis aber nicht für die Forschungsbudgets in der Chemie. Im letzten Jahr gaben die Unternehmen rund 9,1 Milliarden Euro für die Zukunftssicherung durch neue Produkte und Verfahren aus. Wir erwarten, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auch 2009 auf diesem Niveau bleiben.

### **Ausblick**

Die Stimmung in der chemischen Industrie hat sich inzwischen ein Stück weit gebessert. Die aktuelle Lage wird zwar nach wie vor negativ beurteilt. Die Erwartungen für die nächsten Monate fallen aber inzwischen neutral aus. Das bedeutet: Die Unternehmen rechnen nicht mehr mit einem weiteren Rückgang des Chemiegeschäfts. Die Talsohle dürfte – wie ich eingangs schon festgestellt habe – erreicht worden sein.

Alles in allem erwarten wir, dass die Nachfrage unserer Industriekunden nach Chemikalien im zweiten Halbjahr wieder leicht anzieht, weil die Läger mehr und mehr geleert sind. Von einigen Kundenbranchen haben wir ermutigende Meldungen in dieser Hinsicht registriert. Die Stabilisierung der Produktion erfolgt allerdings auf einem niedrigen und völlig unbefriedigenden Niveau. Unsere Prognose für das Gesamtjahr 2009 beziffert daher den Rückgang der Chemieproduktion gegenüber 2008 auf 10 Prozent. Damit bleibt unsere letzte Vorhersage vom Mai unverändert. Das Preisniveau dürfte um 2 Prozent sinken und wir müssen von einem Rückgang des Gesamtumsatzes um 12 Prozent für das laufende Jahr ausgehen.

### **Wege aus der Krise**

Meine Damen und Herren,

selbst wenn sich die Konjunktur an einem Wendepunkt befinden sollte, bleibt die wirtschaftliche Situation mehr als schwierig. Dies ist eine Phase der Bewährung für unsere Branche weltweit. Ich bin davon überzeugt, dass die chemische Industrie in Deutschland hervorragende Chancen hat, aus dieser Krise gestärkt und noch leistungsfähiger hervorzugehen. Der wesentliche

Grund dafür lautet: Weil wir auf diese Herausforderung flexibler reagieren können und besser aufgestellt sind als die meisten unserer Wettbewerber auf dem Weltmarkt.

Unsere Wertschöpfungsquellen sind vielfältiger als in anderen Chemienationen. Denn die deutsche Chemie ist mit allen anderen Industriebranchen im Land eng vernetzt. Und unsere Produkte fließen auf allen Stufen der Wertschöpfungsketten ein. Außerdem haben sich die Beziehungen der Chemieunternehmen zu ihren Kunden und Lieferanten in den Gliedern einer Wertschöpfungskette über die Jahre deutlich intensiviert. Davon profitieren Qualität und Innovationsleistung der Produkte stark.

Einer unserer größten Vorteile jedoch, den kein anderes Land auf der Welt in dieser Ausprägung auf seiner Seite hat, ist die intensive Arbeitsteilung zwischen kleinen, mittleren und großen Unternehmen. Während die Herstellung von Grundchemikalien eine besondere Domäne der rund 150 Großunternehmen darstellt, verarbeiten über 1.500 kleine und mittlere Firmen diese Produkte zu Fein- und Spezialchemikalien. Diese mittelständischen Unternehmen sind zu 87 Prozent mit ihren Produkten auf den Weltmärkten vertreten und besetzen dort ausgesprochene Nischen.

Die Zusammenarbeit erstreckt sich jedoch nicht allein auf die Branche selbst. Die chemische Industrie unterhält traditionell Forschungsk Kooperationen mit der Wissenschaft, um Innovationen aufzuspüren. Hier kommen die historischen Wurzeln der industriellen Chemie in Deutschland zum Tragen. Rund ein Drittel der Chemieunternehmen arbeitet mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen. Dabei suchen die Firmen ihre Kooperationspartner nicht nur in Deutschland, sondern inzwischen weltweit.

Die Unternehmen müssen und werden daran arbeiten, diese beiden wichtigen Stärken trotz – oder gerade wegen – der Krise noch weiter auszubauen. Sie werden natürlich auch die Restrukturierung ihrer Geschäftsfelder weiter vorantreiben, die Kosten verringern und neue Möglichkeiten für Synergieeffekte ausloten. Das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen und für die Inhaber und Manager Verantwortung übernehmen müssen, um Unternehmen und Beschäftigte trotz aller Schwierigkeiten in eine gute Zukunft zu führen.

Noch bewegen wir uns aber auf sehr dünnem Eis, das für einen Aufschwung keineswegs trägt. Die Konjunkturpakete I und II der Bundesregierung haben ohne Zweifel einen Beitrag dazu geleistet, eine geschlossene Oberfläche über

der Untiefe der Rezession zu bilden. Wenn kluge Krisenpolitik aber auf vorhandene Stärken und Innovationsfähigkeit setzt, hat der Staat aus Sicht des VCI noch zwei Karten in der Hand, die er bisher nicht ausgespielt hat. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Uns geht es dabei nicht darum, ein neues Konjunkturpaket einzufordern oder gar individuelle Firmeninteressen zu bedienen, sondern darum, die Rahmenbedingungen für die Industrie grundsätzlich zu verbessern.

Die eine Maßnahme wirkt kurzfristig, die andere eher langfristig. Beide – Aufhebung der Zinsschranke und steuerliche Forschungsförderung – zielen aber in die gleiche Richtung:

1. Die mit der Unternehmenssteuerreform 2008 eingeführte Zinsschranke erschwert die Finanzierung von Forschung und Investitionen, die kreditfinanziert sind. Die Zinsschranke begrenzt die steuerliche Berücksichtigung von Zinsaufwendungen. Gezahlte Zinsen werden nur noch bis zu einer Höhe von 30 Prozent des Gewinns vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) als Betriebsausgaben anerkannt.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist als forschungs- und anlagen-intensive Industrie stärker als andere Industriebranchen von der Zinsschranke betroffen. In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt sich der negative Effekt der Zinsschranke erheblich, weil die Unternehmensgewinne sinken und gleichzeitig die Zinsen für Kredite steigen. Mit dem Bürgerentlastungsgesetz hat die Bundesregierung zwar die Regelungen für den Mittelstand geringfügig nachgebessert. Aber große Unternehmen mit hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen können davon nicht profitieren. Wir plädieren daher dafür, als Beitrag des Staates zur Krisenbewältigung die Zinsschranke so schnell wie möglich abzuschaffen. Zumindest sollte es aber gelingen, die Zinsschranke für zwei Jahre auszusetzen.

2. Um den Forschungsstandort Deutschland zu stärken, sollte der Staat rasch eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (F+E) für Unternehmen einführen und neben die Projektförderung stellen. Diese – zeitlich unbegrenzte – Maßnahme hätte zwei große Vorteile: Sie überlässt den Unternehmen die Wahl der Forschungsthemen und ist nach den vielfältigen Erfahrungen im Ausland leicht zu handhaben. Fast alle großen Industrieländer fördern F+E über steuerliche Regelungen. Wir plädieren dafür, dass forschende Unternehmen mindestens 10 Prozent der gesamten eigenfinanzierten F+E-Aufwendungen von ihrer Steuerschuld abziehen dürfen. Schreibt das Unternehmen Verluste, sollte

es eine entsprechende Steuergutschrift ausgezahlt bekommen. Dieser Tax-Credit in Höhe von mindestens 10 Prozent erscheint für Deutschland angemessen, denn unter den großen Industrienationen sind Steuergutschriften in Höhe von 8 bis 20 Prozent üblich.

Meine Damen und Herren,

die Diskussion, mit welchen Konzepten und Instrumenten diese schwierigen Zeiten am besten zu überwinden sind, ist in vollem Gang. Bei allem Für und Wider der von der Bundesregierung in den letzten Wochen und Monaten getroffenen Maßnahmen: Wir müssen über diese kritische Phase hinaus die langfristigen Rahmenbedingungen für die Industrie in Deutschland wieder ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Überlegungen rücken. Denn die Industrie ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaftskraft. Wenn wir wollen, dass Deutschland auch im Jahr 2020 ein starker und wettbewerbsfähiger Industriestandort ist, müssen die Weichen jetzt richtig gestellt werden.

Das geht nicht ohne einen intensiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem BDI und anderen Branchen das Heft in die Hand genommen und die Initiative „Industrieland Deutschland“ auf den Weg gebracht.

Dabei geht es vor allem darum, gemeinsame Wege zu finden,

- wie wir eine sichere und wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffversorgung sicherstellen,
- wie wir die Voraussetzungen für Forschung und Bildung weiter verbessern und
- wie wir die nötige gesellschaftliche Akzeptanz für industrielle Projekte und neue Technologien schaffen.

Wenn es uns gelingt, über diesen Dialogprozess mehr Verständnis für die Belange der Industrie zu erzielen, haben wir gute Chancen, Zukunftsfähigkeit zu sichern und Deutschland im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte noch weiter nach vorne zu bringen.

**Kontakt:** VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496 E-Mail: [presse@vci.de](mailto:presse@vci.de)